

Initiative zur Erneuerung gegründet

Kampagne für eine neue soziale Marktwirtschaft

HANDELSBLATT, 13. 10. 2000

pt BERLIN. „Wohlstand für alle“ betitelte 1957 der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard das Buch, mit dem er sein Konzept einer „sozialen Marktwirtschaft“ populär machen wollte. Die am Donnerstag vom ehemaligen Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer vorgestellte Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ hat sich zum Ziel gesetzt Erhards Ordnungssystem „an die Umfeldbedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen“ und sie deshalb in Abwandlung von Erhards Motto unter das Leitmotiv „Chancen für alle“ gestellt.

Der vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und seinen 16 Landesverbänden getragenen Initiative gehe es nicht „um eine andere Soziale Marktwirtschaft“, stellte Tietmeyer klar. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, heiße vielmehr, „sie unter dem Ballast freizulegen, der sich in den vergangenen Jahren angesammelt hat.“ Man habe sich zu viel gegönnt: höhere Löhne, mehr Sozialleistungen, mehr Staat und mehr Schutzrechte. Sozialkosten und Staatsschulden seien dadurch aus dem Ruder gelaufen. Korrekturen im Sinne von

mehr Marktwirtschaft und weniger Staat würden jedoch durch verbreitete Reformängste blockiert, umschrieb Gerhard Fels die Stoßrichtung. Das von ihm geleitete Institut der deutschen Wirtschaft (IW) begleitet die Initiative wissenschaftlich.

Was Erhard 1957 mit seinem Buch versuchte, will die Initiative, zu der neben Tietmeyer prominente Unternehmerpersönlichkeiten wie Rüdiger Rodenstock, Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser, und Eva Mayr-Stihl (Andrea Stihl AG&Co) sowie Politiker wie NRW-Landeschef Wolfgang Clement (SPD) und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) gehören, mit TV-Spots, Anzeigen in Printmedien und einem den Magazinen Spiegel und Focus beigehefteten Magazin „Chancen für alle“ erreichen. Ein Buch, das die Inhalte der Initiative vertiefen soll, ist in Vorbereitung. Eine bundesweite Woche der Sozialen Marktwirtschaft mit einem Kongress in Berlin sollen 2001 folgen. Über das Internet-Portal der Initiative „www.chancenfueralle.de“ sollen auch Schulen und Universitäten sich aktiv in den Diskussionsprozess einschalten können.